

# Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen



Landtag Nordrhein-Westfalen • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Mitglieder des  
Landtags Nordrhein-Westfalen

- im Hause -

Landtag  
Nordrhein-Westfalen  
18. Wahlperiode

**Information  
18/100**

**Alle Abgeordneten**

Auskunft erteilt: Glende, Andrea  
Telefon: (0211) 884-2412  
Fax: (0211) 884-3014  
E-Mail: andrea.glende  
@landtag.nrw.de

Geschäftszeichen:  
Düsseldorf, 31.01.2024

**Europakonferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtages sowie des Deutschen Bundestages und des deutschen und österreichischen Bundesrates unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens am 21. Januar 2024 in Brüssel**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtages sowie des Deutschen Bundestages und des deutschen und österreichischen Bundesrates unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens haben sich am 21. Januar 2024 in Brüssel zu ihrer jährlichen Europakonferenz getroffen.

Eine ungewöhnlich große Zahl von Erklärungen ist verabschiedet worden und zeigt die aktuelle Bedeutung dieser Konferenz.

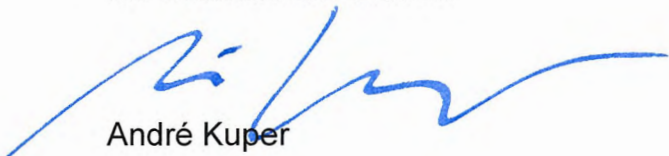
Die gemeinsame Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, Südtirols und der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens hat folgende Erklärungen verabschiedet:

1. Brüsseler Erklärung „Stärkung der Teilhabe am demokratischen Leben und Förderung der Europabildung von Kindern und Jugendlichen“
2. Gemeinsamer Aufruf zur Teilnahme an den Europawahlen am 9. Juni 2024
3. Erklärung „Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen Europas“
4. Erklärung an den Kommissar für Justiz und Rechtsstaatlichkeit Didier Reynders zur Datenschutzgrundverordnung

Als fünfte Erklärung verabschiedeten die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente eine Erklärung zur „Wehrhaftigkeit der Demokratie“.

Die genannten Erklärungen sind zu Ihrer Information beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen



André Kuper

**Anlagen**



**LPK**

Abgeordnetenhaus **BERLIN**



**TIROLER  
LANDTAG**

**Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten  
der deutschen und österreichischen Landesparlamente  
und des Südtiroler Landtages sowie des Deutschen Bundestages  
und des deutschen und österreichischen Bundesrates  
unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens**

## **Brüsseler Erklärung**

**„Stärkung der Teilhabe am demokratischen Leben und Förderung der  
Europabildung von Kindern und Jugendlichen“**

**Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtags unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens anlässlich der Europa-Konferenz am 21. Januar 2024 in Brüssel**

- 1) Junge Menschen sind entscheidende Akteure bei der Gestaltung unserer heutigen Gesellschaft sowie der Zukunft. Die junge Generation wächst in einer Zeit mit globalen Herausforderungen und multiplen Krisen auf. Dazu gehören die COVID-19-Pandemie, der Klimawandel, die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die Auswirkungen des sich zuspitzenden Nahostkonflikts nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel.

### Stärkung der demokratischen Teilhabe von jungen Menschen auf allen Ebenen

- 2) Kindheit und Jugend sind prägende Lebensabschnitte, die im Fokus von Politik und Gesellschaft stehen sollten. Die Präsidentinnen und Präsidenten unterstützen im Besonderen, dass die Stärkung der demokratischen Partizipation und die Demokratiebildung Schwerpunkte der EU-Kinderrechtsstrategie und der EU-Jugendstrategie bilden. Sie begrüßen ausdrücklich, dass beide Strategien anerkennen, welche wertvolle Beiträge die lokale und regionale Ebene zu diesen Zielen leistet. Junge Menschen machen dort prägende Erfahrungen mit der demokratischen Teilhabe. Die Präsidentinnen und Präsidenten sprechen sich daher für die stärkere Einbeziehung von Regionalparlamenten in europäische Strategien, Maßnahmen und Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik und deren praktische Umsetzung vor Ort aus.
- 3) Zur Umsetzung der Strategieziele, es Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, aktive Mitglieder der demokratischen Gesellschaft zu sein, leisten die Regionalparlamente einen konkreten Beitrag. Sie fördern die Demokratiebildung und stärken die Beteiligung junger Menschen am politischen Geschehen. Als zentrale Lernorte für Demokratiebildung bieten sie Besuchsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche an und führen beispielsweise Politik-Planspiele, Jugendparlamente, Wahlsimulationen, Schülerwettbewerbe, (Online)-Seminare sowie Debattenwettbewerbe durch. Neben dem Erlernen und Erfahren der Funktionsweise von Parlamenten und der Wahlvorbereitung liegt der Fokus auf dem Erwerb wichtiger demokratischer Fähigkeiten. Dies kann etwa durch speziell für Kinder und Jugendliche entworfene Publikationen unterstützt werden. Einige Regionalparlamente bieten zudem digitale Bildungsangebote für junge Menschen an, wie spezielle Webseiten zur

Parlamentsarbeit und Social-Media-Aktivitäten. Niedrigschwellige Angebote machen die Regionalparlamente als Herzkammern der Demokratie und offene Institutionen auf diese Weise erlebbar. Auch die aufsuchende politische Bildungsarbeit ist für Regionalparlamente wichtig. Darüber hinaus bieten sie verschiedene Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene an. Ihre Meinungen und Anliegen können junge Menschen in direkten Gesprächen mit Abgeordneten einbringen.

- 4) Jungen Menschen kommt bei der Diskussion um die Zukunft und Gegenwart Europas eine Schlüsselrolle zu. Deswegen begrüßen die Präsidentinnen und Präsidenten, dass junge Menschen umfangreich bei der Konferenz zur Zukunft Europas beteiligt wurden. Die im Zuge des Europäischen Jahres der Jugend 2022 gewonnenen Erfahrungen sollen genutzt und es soll auf ihnen aufgebaut werden. Regionalparlamente ermöglichen jungen Menschen, an der Gestaltung Europas mitzuwirken und setzen sich im Mehrebenensystem der europäischen Politik gezielt dafür ein. Einige Regionalparlamente führen europäisch-partizipatorische Veranstaltungen durch. Dazu gehören die aktive Begleitung von grenzübergreifenden Parlamentarierkonferenzen durch Jugendliche, die Organisation von multinationalen Jugendveranstaltungen und die Unterstützung des Jugenddelegiertenformats beim Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE).
- 5) Der Selbstorganisation von jungen Menschen kommt eine zentrale Bedeutung bei der Entwicklung eines Demokratiebewusstseins und bei der Förderung der Kompetenzen für eine demokratische Kultur zu. Es sollte ihnen ermöglicht werden, möglichst jung Erfahrungen mit demokratischen Prozessen, Selbstwirksamkeit und Mitgestaltung zu machen.
- 6) Die Präsidentinnen und Präsidenten engagieren sich für eine durchgängige Berücksichtigung von Kinder- und Jugendbelangen in allen Politikbereichen. Sie setzen sich für eine aktive und bedeutsame Teilhabe junger Menschen an politischen Entscheidungen auf lokaler und regionaler Ebene ein. In ihren Häusern unterstützen sie Formate, die einen persönlichen Austausch von jungen Menschen mit Abgeordneten ermöglichen.
- 7) Die Präsidentinnen und Präsidenten betonen den hohen Wert demokratischer Bildung und von Demokratiekompetenzen. Parlamentsaktivitäten im Bereich der Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche sollen fortentwickelt und gegebenenfalls verstärkt werden. Dabei soll darauf geachtet werden, wie junge Menschen aus benachteiligten sozialen Verhältnissen besser einbezogen werden können. Wichtig sind auch gezielte Maßnahmen zur Mobilisierung der Erstwählerinnen und Erstwähler, wie etwa Wahlaufrufe zur Teilnahme an der bevorstehenden Europawahl.

#### Förderung der Europabildung von Kindern und Jugendlichen

- 8) Die Regionalparlamente sind als bürgernahe Institutionen Vermittler europäischer Politik, auch an junge Menschen. Sie übernehmen wichtige Aufgaben bei der Europabildung. Dies kann beispielsweise durch die Organisation von EU-Planspielen und Veranstaltungen zur europäischen Politik, die Unterstützung von Jugendaustausch- und Jugendbeteiligungsformaten in Europa sowie die Möglichkeit für junge Menschen, an Europa-Ausschusssitzungen teilzunehmen, erfolgen.
- 9) Zur Europabildung gehören nicht nur Kenntnisse über das Institutionengefüge und die politischen Prozesse der Europäischen Union, sondern auch europäische Begegnungen und Austausch Erfahrungen. Deshalb ist es zentral, grenzübergreifende Austauschmöglichkeiten zu fördern. Europa ist die Lebenswelt der jungen Menschen. Programme und Organisationen wie

Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps und die europäischen Jugendwerke spielen in diesem Rahmen eine wichtige Rolle. Dabei ist es wichtig, die Mobilitätsmaßnahmen inklusiv zu gestalten.

- 10) Maßnahmen der EU zur Förderung der Europabildung werden von den Regionalparlamenten ausdrücklich begrüßt. Diese sind im Einklang mit den EU-Verträgen und dem Subsidiaritätsprinzip auszugestalten. Europaorientierte Bildungsangebote werden dann von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen, wenn sie auf einer Ebene gestaltet werden, die der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger am nächsten ist. Die Regionen spielen dabei eine wichtige Rolle in der passgenauen Umsetzung von Maßnahmen vor Ort.

Der Vorsitz der deutschen und österreichischen Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten übermittelt diese Erklärung an

- die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Frau Roberta Metsola,
- den Präsidenten des Europäischen Rates, Herrn Charles Michel,
- die Präsidentin der Europäischen Kommission, Frau Dr. Ursula von der Leyen,
- den EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, Herrn Dr. Johannes Hahn,
- die EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, Frau Iliana Ivanova,
- den Präsidenten des Ausschusses der Regionen (AdR), Herrn Vasco Alves Cordeiro,
- den Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, Herrn Marc Cools,
- den Präsidenten der Konferenz der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union (CALRE), Herrn José Manuel Rodrigues,
- die nationalen und regionalen Regierungen und die nationalen Parlamente in Deutschland und Österreich, die Südtiroler Landesregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.



**LPK**

Abgeordnetenhaus **BERLIN**



**TIROLER  
LANDTAG**

**Gemeinsamer Aufruf der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zur Teilnahme an den Europawahlen am 9. Juni 2024**

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
liebe Erstwählerinnen und Erstwähler,

am Sonntag, den 9. Juni 2024, sind wir aufgerufen, unsere Vertreterinnen und Vertreter im Europäischen Parlament zu wählen.

Die Entscheidungen, die heute getroffen werden, wirken sich maßgeblich darauf aus, wie und wo Sie zukünftig leben und arbeiten werden, welche Lebensgrundlagen Ihnen dafür zur Verfügung stehen und wie demokratisch unsere Gesellschaft verfasst ist.

Dieses Jahr können in Deutschland zum ersten Mal auch 16- und 17-Jährige wählen. Gerade alle Erstwählerinnen und Erstwähler rufen wir auf: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Als Präsidentinnen und Präsidenten der deutschsprachigen Landtage sind wir überzeugt, dass die Ausübung demokratischer Rechte und die aktive Mitbestimmung wesentliche Bestandteile unseres wertebasierten Zusammenlebens sind. Das Recht der freien Wahl, das wir in der Europäischen Union genießen, gibt uns vielfältige Möglichkeiten, die elementaren Herausforderungen unserer Zeit mitzugestalten: Energiewende, Mobilität, Migration, Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand, Versorgungssicherheit, Erhalt von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie von Frieden und Freiheit. Angesichts vielfacher Versuche von Diktaturen, die Entwicklung und Handlungsfähigkeit demokratischer Systeme zu beeinträchtigen, werden wir als Europäerinnen und Europäer diese Herausforderungen nur meistern, wenn wir geeint und solidarisch zusammenstehen. Setzen Sie dafür ein Zeichen mit Ihrer Stimme.

Das Europäische Parlament ist innerhalb der Europäischen Union Teil der Gesetzgebung, mit der die Rahmenbedingungen für diese und viele andere Themen formuliert werden. Mit Ihrer Stimme können Sie entscheiden, wer sich im Europäischen Parlament mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in den Regionen befassen soll. Sie nehmen damit auch unmittelbar Einfluss darauf, wie zukunftsfähige Lösungen aussehen können.

Wir Präsidentinnen und Präsidenten der Regionalparlamente rufen dazu auf: **Gehen Sie am 9. Juni 2024 wählen, entscheiden Sie mit über den zukünftigen Weg der Europäischen Union!**“



**LPK**

Abgeordnetenhaus **BERLIN**



**TIROLER  
LANDTAG**

**Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten  
der deutschen und österreichischen Landesparlamente  
und des Südtiroler Landtags sowie des Deutschen Bundestages  
und des deutschen und österreichischen Bundesrates  
unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens**

**„Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen Europas“**

**Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtags unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens anlässlich der Europa-Konferenz am 21. Januar 2024 in Brüssel**

Angesichts der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie, samt der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen, sowie verschiedener Krisensituationen sprechen sich die Präsidentinnen und Präsidenten dafür aus, Grenzräume in der EU für die Vertiefung der europäischen Integration und Stärkung der Krisenresilienz intensiver zu nutzen.

Ebenso sprechen sich die Präsidentinnen und Präsidenten dafür aus, die Vertiefung der europäischen Integration und Resilienz auch durch interregionale, grenzübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung der Regionen weiter voranzubringen, die keine gemeinsame Grenze teilen.

Zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen sollen folgende Überlegungen berücksichtigt werden:

- 1 Grenzregionen sind sprachliche, kulturelle und wirtschaftliche Kontaktbereiche, in denen auch nationale Rechtsräume aneinander treffen. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat eine übergeordnete Bedeutung; als Ziel hat sie in vielen Ländern Verfassungsrang. Sie trägt zu unbürokratischen Lösungen und faktischen Synergien bei, ersetzt aber nicht den Bedarf für abgestimmte und kompatible Rechtsregelungen und systematische Folgenabschätzung.
- 2 Die europäischen Grenzregionen haben sich zunehmend zu gemeinsamen Lebensräumen und grenzüberschreitenden Verflechtungsbereichen für die Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Regionale Kohäsion in den europäischen Grenzregionen ist eine politische Aufgabe mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen; sie betrifft im Sinne der Mehrebenen-Governance alle Bereiche von der Landespolitik über die Bundespolitik bis hin zur europäischen Politik. Durch die gemeinsame Verständigung bei grenzüberschreitenden Angelegenheiten werden die Grundwerte Europas gelebt; sie ist darüber hinaus zentrales Element freiheitlicher, demokratischer Willens- und Meinungsbildung in Europa.
- 3 Die Präsidentinnen und Präsidenten verweisen darauf, dass die Landesparlamente vielfältige, enge grenzüberschreitende Kontakte haben und gutnachbarschaftliche, vertrauensvolle Beziehungen pflegen. Hierdurch lassen sich im Bedarfsfall grenzüberschreitende Unterstützung und gemeinsames Handeln frühzeitiger und besser koordinieren; Lösungen können konsensual abgestimmt werden.

Das konkrete gemeinsame Handeln ist ein „Europa im Kleinen“ und ein bedeutender Beitrag zum „Großen und Ganzen“.

- 4 Grenzüberschreitende Kontakte und Partnerschaften zwischen Parlamenten haben eine aktive gestaltende Rolle. Sie fördern die horizontale und vertikale Vernetzung. Sowohl die zahlreichen langfristig etablierten Formate interparlamentarischer Konferenzen und Beratungen als auch die anlassbezogenen Treffen stärken die Gestaltungsmöglichkeiten der Landesparlamente. Aus den seit langem erworbenen praktischen Erfahrungen parlamentarischer Zusammenarbeit wurden konkrete Lösungen generiert und gemeinsame Initiativen angeschoben. Sie sind ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der territorialen Solidarität in der EU. Wegweisende Erfahrungen aus unterschiedlich strukturierten Kooperationsverbänden und informelle Foren der Zusammenarbeit, die sich insbesondere Fragen zur Rechtskompatibilität und Arbeitskräftemobilität, der Pflege der gemeinsamen kulturellen und politischen Identitäten, dem Mehrebenenialog, grenzüberschreitenden parlamentarischen Fragerechten als auch den Belangen nationaler Minderheiten und der Völkerverständigung widmen, schaffen ein gemeinsames Bewusstsein und eine gemeinsame Sichtweise auf mögliche europäische Lösungswege.
- 5 Regionale Diversität ist wesentlicher Bestandteil gelebter europäischer Vielfalt. Auch die Praktiken der gemeinsamen parlamentarischen Meinungs- und Willensbildung entsprechen den jeweiligen regionalen Voraussetzungen. Ein breiter Erfahrungsaustausch auf Ebene der Landesparlamente über die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) sollte auch mit Blick auf neue strukturelle Instrumente fortgeführt werden, wie z.B. die systematische Folgenabschätzung (Grenzraum-Check), rechtliche Abweichungsmöglichkeiten und Experimentierklauseln sowie gebündelte Ausnahmetatbestände bei komplexen Projektvorhaben.
- 6 Der Vorsitz der deutschen und österreichischen Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten übermittelt diese Erklärung an
  - die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Frau Roberta Metsola,
  - den Präsidenten des Europäischen Rates, Herrn Charles Michel,
  - die Präsidentin der Europäischen Kommission, Frau Dr. Ursula von der Leyen,
  - den Präsidenten des Ausschusses der Regionen (AdR), Herrn Vasco Alves Cordeiro,
  - den Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, Herrn Marc Cools,
  - den Präsidenten der Konferenz der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union (CALRE), Herrn José Manuel Rodrigues,
  - die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), Herrn Karl-Heinz Lambertz,
  - die nationalen und regionalen Regierungen und die nationalen Parlamente in Deutschland und Österreich,
  - die Südtiroler Landesregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.





**LPK**

Abgeordnetenhaus **BERLIN**



**TIROLER  
LANDTAG**

**Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten  
der deutschen und österreichischen Landesparlamente  
und des Südtiroler Landtages sowie des Deutschen Bundestages  
und des deutschen und österreichischen Bundesrates  
unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens**

**Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtages unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens an den Kommissar für Justiz und Rechtsstaatlichkeit Didier Reynders**

1. Die deutschsprachigen Regionalparlamente sehen sich nach wie vor durch die Rechtslage im Bereich des Datenschutzes belastet. Bislang war (auch) für die Regionalparlamente selbstverständlich, von der Datenschutz-Grundverordnung ausgenommen zu sein, weil die Arbeit der Gesetzgebungsorgane zu den grundlegenden politischen und verfassungsgemäßen Strukturen der Mitgliedstaaten gehört, die die EU gemäß Art. 4 Abs. 2 erster Satz EUV zu achten hat.
2. Bereits seit der Entscheidung des EuGH zum Petitionsausschuss des Hessischen Landtages (Rechtssache C-272/19) stand diese Rechtsansicht in Frage. Jüngst ist das Urteil des EuGH vom 16. Januar 2024 zur Rechtssache C-33/22 ergangen, die einen Untersuchungsausschuss des österreichischen Nationalrats betrifft. Diese Entscheidung lässt keine Zweifel daran, dass der Gerichtshof von einer Anwendbarkeit der DSGVO auf Parlamente und ihre Organe ausgehen dürfte.
3. Die Regionalparlamente, und mitgliedstaatliche Parlamente überhaupt, der DSGVO zu unterwerfen, gerät vielfach in Konflikt mit dem Wesen parlamentarischer Verfahren und der Stellung der Parlamente in den mitgliedstaatlichen Verfassungen. Wo zugunsten der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Entscheidungsfindung ein transparentes Öffentlichkeitsprinzip herrscht, sind die Parlamente bestrebt, eigene passgenaue Datenschutzregelungen zu treffen. Die Parlamente der Kontrolle einer Datenschutzbehörde zu unterstellen, widerspricht eklatant dem Prinzip der Gewaltenteilung.
4. Für die Organe der Union hat die DSGVO diese Problematik durchaus erkannt und sieht in Art. 2 Abs. 3 eine Ausnahme vom Geltungsbereich der Verordnung vor, die unter anderem dem Europäischen Parlament eine eigene Regelung des Umgangs mit personenbezogenen Daten erlaubt.
5. Nunmehr steht in Kürze der für das Jahr 2024 angekündigte Bericht über die Bewertung und Überprüfung der DSGVO an.

6. Im Anschluss an das am 27. Juni 2022 stattgefundene Gespräch der Präsidentin des Hessischen Landtages, der Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, des Präsidenten des Vorarlberger Landtags und des Präsidenten des Niederösterreichischen Landtags mit Ihnen fordern die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschsprachigen Regionalparlamente,
- dass ihr Standpunkt bei der Bewertung und Überprüfung der DSGVO gemäß Art. 97 Abs. 4 der Verordnung berücksichtigt wird,
  - die Kommission einen Dialog auf Augenhöhe zur Berücksichtigung der Bedürfnisse parlamentarischer Institutionen im Datenschutzbereich eröffnet und
  - im Gleichklang mit den für das Europäische Parlament geltenden Regeln, die Möglichkeit für autonome Regelungen des Datenschutzes im parlamentarischen Bereich vorsieht und einen entsprechenden Korrekturvorschlag auf den Weg bringt.

Der Vorsitz der deutschen und österreichischen Konferenz der Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten übermittelt diese Erklärung an

- den EU-Kommissar für Justiz und Rechtsstaatlichkeit, Didier Reynders

Nachrichtlich an:

- die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Frau Roberta Metsola,
- den Präsidenten des Europäischen Rates, Herrn Charles Michel,
- die Präsidentin der Europäischen Kommission, Frau Dr. Ursula von der Leyen,
- den Präsidenten des Ausschusses der Regionen (AdR), Herrn Vasco Alves Cordeiro,
- den Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, Herrn Marc Cools,
- den Präsidenten der Konferenz der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union (CALRE), Herrn José Manuel Rodrigues,
- die nationalen und regionalen Regierungen und die nationalen Parlamente in Deutschland und Österreich,
- die Südtiroler Landesregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

## **„Wehrhaftigkeit der Demokratie“**

### **Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente anlässlich der Europa-Konferenz am 21. Januar 2024 in Brüssel**

Wie durch journalistische Berichterstattung bekannt wurde, trafen sich im November 2023 deutsche Politikerinnen und Politiker mit Rechtsextremen und finanzstarken Geldgebern. Die Beteiligten hegen offenbar Pläne für die Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland.

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente stehen für die Menschenwürde, Menschenrechte und die freiheitlich demokratische Grundordnung und verurteilen solche menschenverachtende Bestrebungen. Diese sind weder mit dem Grundgesetz noch mit den Menschenrechten vereinbar, sondern widersprechen vielmehr unseren demokratischen und rechtsstaatlichen Grundwerten zutiefst. Sie erinnern an die dunkelsten Stunden unserer Geschichte.

In diesem Jahr feiern wir das 75-jährige Inkrafttreten der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, des Grundgesetzes. Dies muss Anlass sein, sich der Werte, Stärken unserer Verfassung und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu vergegenwärtigen.

Eine Demokratie ist nur so wehrhaft wie die Menschen, die sich für sie einsetzen. Die vergangenen Tage zeigen, dass viele Menschen in Deutschland bereit sind, dies zu tun. Wir appellieren an alle demokratischen Kräfte, sich gemeinsam für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und gegen die Erneuerung und Verbreitung totalitärer Ideologien einzusetzen.

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Stabilität unserer Demokratie zu wahren und uns gegen extremistische Tendenzen zu wehren. Dem verpflichten wir uns jeden Tag in unserer Arbeit für die Demokratie und werden dies auch zukünftig im Kampf gegen alle Verfassungsfeinde tun. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland verlassen.